

Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark. Druckort: Kreis-Spartasse Laasphe Nr. 89. Harburger Bank e. S. m. b. H., Meckl. Laasphe.

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Heimat und Welt“

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe

Anzeigen: 1 mm hoch, 42 mm breit 10 Pfg. Familien- und kleine Anzeigen . . . 8 Pfg. Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg. Postfachkonto Nr. 404 49 Amt Kln.

Nummer 50

Wernsprecher Nr. 1

Laasphe, Freitag den 28. Februar 1930

55. Jahrgang

Neues vom Tage.

Die Verwaltung der Grube „Concordia“ in Nachterstedt hat die Summe der Belohnung für die Ermittlung des Mörders des Bergwerksdirektors Krammer auf 10 000 Mark erhöht.

Die heftige Kälte, die schon seit längerer Zeit auf Norfka herrscht, dauert an. In der Gegend von Vociogano liegt über 80 Zentimeter Schnee. Stellenweise erreichte er sogar eine Höhe bis zu drei Metern. Der Verkehr ist vollkommen unterbrochen.

Das schöne New Yorker Frühlingswetter fand mit einem heftigen Gewitter und heftigen Regenfällen einen jähen Abbruch. Das Thermometer stürzte von 23 Grad Celsius auf plus 2 Grad Celsius. Die höchste Tagestemperatur betrug plus 3 Grad Celsius.

Auf dem Schacht 2 der Grube West-Side in Gaydon hat sich eine schwere Explosion ereignet, durch die fünf Bergarbeiter getötet und 25 schwer verletzt wurden.

Bei dem Brande einer Klosterschule in der Nähe von Croft, Kaly in Manitoba sind acht Schülerinnen mit der Oberschwester verbrannt.

Aus allen Teilen der Vereinigten Staaten, besonders aus Chicago, Seattle, Wilmington und Boston werden Arbeitslosenmeldungen gemeldet. Überall schreitet die Polizei mit Gummiknüppeln ein. In Chicago wurden 150 Arbeitslose, die sich an einer Kundgebung beteiligten hatten, wegen Landstreicherei verhaftet.

Immer neue Schwierigkeiten.

Die schwierige Lage der Reichsregierung. — Das Kabinett an der Arbeit. — Der Young-Gesellschafts-Ausschuss. — Die übrigen Reichstags-Ausschüsse.

X Berlin, 27. Februar.

Die gesamte Berliner Presse hält die politische Lage im Reich für sehr ernst. So schreibt die „Vossische Zeitung“ unter der Überschrift „Bruch im Kabinett?“ u. a.: Ueber die Steuerpläne des Reichsfinanzministers gingen die Meinungen innerhalb der Koalition so stark auseinander, daß vorläufig nicht zu erkennen sei, wo die mittlere Linie zu finden wäre, auf der sich die Koalitionsparteien doch zusammenfinden könnten, wenn der Bruch vermieden werden soll. Wenn Dr. Mosbener auf der Durchföhrung seiner Pläne hinsichtlich der Sozialpolitik und des Steuerprogramms bestche, sei zu bezagen, daß es im Kabinett zum Bruch komme. Nach der „D. A. Z.“ rechnet man mit der Möglichkeit, daß eine Einigung im Kabinett nicht zustande kommt. Das Blatt meint, daß, selbst wenn im Kabinett eine Verständigung über das Deckungsprogramm gelingt, der eigentliche Kampf um das Notopferprojekt, an dem Zentrum und Sozialdemokratie nach wie vor festhalten, und um wichtige andere Fragen des Deckungsprogramms erst im Reichstag beginnen werde.

Das Reichskabinett tagt.

Da einige der Minister wegen der gleichzeitigen Tagung des Young-Ausschusses im Reichstage anwesend sein müssen, fand die entscheidende Kabinettsitzung am Donnerstag über das Deckungsprogramm für den Haushalts 1930 im Reichstage statt. Das Reichskabinett versammelte sich um 10 Uhr vormittags.

Der Young-Ausschuss an der Arbeit.

Die Vereinigten Ausschüsse des Reichstages sahen am Donnerstag die Beratung der mit dem Young-Plan zusammenhängenden Gesehe fort. Zum deutsch-belgischen Marktabkommen lagen keine Vorwidelungen vor.

Beim deutsch-amerikanischen Schuldenabkommen erklärte der deutsch-amerikanische Abgeordnete Dr. Reichert, daß ein Vorteil des Abkommens darin liege, daß bei einer Störung der Rückzahlungen jede Möglichkeit von Sanktionen aufgeräumt sei. Dieser Vorzug des Abkommens werde allerdings durch die hohen Zinsätze für einen Zahlungsausschub zum größten Teil wieder aufgehoben.

Der Ausschuss konnte die Beratungen über die mit dem Young-Plan zusammenhängenden Gesehe zu Ende föhren. In vertraulicher Aussprache behandelte der Ausschuss dann noch die Rüumungs-Amnestie, die Vereinbarungen über die Schutzgeleitsanleihe. Sämtliche Abstimmungen wurden auf Freitag verlag.

Schwierigkeiten auch im Rechtsausschuss.

Außerdem hielt im Reichstag der Unterausschub des Rechtsausschusses für die Geseheidung eine Sitzung ab. Bekanntlich hätte diese Frage vor der Reichstags-Sitzung des Reichstages beinahe zu einer Koalitionskrise geführt.

Um die Schwierigkeiten zunächst einmal zu begraben, setzte man damals den Unterausschub ein, der jetzt seine erste Sitzung abhielt. Da die Haltung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei in dieser Frage sich kaum geändert haben dürfte, ist nicht damit zu rechnen, daß die Beratungen des Unterausschusses vorläufig über eine unverbindliche Aussprache hinauskommen werden.

Auf Antrag des Berichterstatters, Abgeordneten Rahl (D.D.P.), wurde beschlossen, als Grundlage für den Bericht an

den Rechtsausschuss und für die weiteren Verhandlungen den im früheren Reichstag eingebrachten gemeinsamen Antrag der Sozialdemokraten, Demokraten und des Abgeordneten Rahl (D.D.P.), der zur Gleichsetzung der Geseheidung den Zerrüttungsgrund einföhren will, anzunehmen.

Ueber einen Antrag, die Geseheidung auf Antrag eines Ehegatten nach Ablauf einer dreijährigen Trennungsfrist zuzulassen, konnte im Ausschuss keine Einigung erzielt werden. Zur Verbeiföhrung einer Verständigung beantragten die Sozialdemokraten, eine solche Trennung im beiderseitigen Einverständnis zuzulassen. Die Demokraten beantragten ferner, die Trennungsfrist von drei auf fünf Jahre zu erhöhen. Ueber diesen Antrag wird später im Vollausschuss entschieden werden.

Die Affäre Kufepow.

Die Entföhrer sichergestellt?

Ueber das bisherige Ergebnis der polizeilichen Untersuchung im Fall Kufepow bewahrt die Pariser Polizei strengstes Stillschweigen, um die weiteren Ermittlungen nicht zu föhren. Es scheint ihr tatsächlich gelungen zu sein, die unmittelbar an der Entföhrung beteiligten Personen festzustellen, wenigstens soweit es sich um den Fahrer des grauen Autos und den falschen Polizeibeamten handelt. Ein Entweichen der verdächtigen Personen scheint nicht mehr möglich zu sein, da sie von der Polizei streng überwacht werden.

Die wertvollsten Aussagen kamen von einer Frau, die am Sonntag der Entföhrung, die bekannte Seinebrücke Pont d'Alma überschritt und während einer Verkehrshölung auf das graue und rote Auto aufmerksam wurde. Der graue Wagen hielt direkt vor ihr, und so hatte sie Gelegenheit, in Nähe die Vorgänge zu beobachten, die sich im Innern der Limousine abspielten. Zwischen zwei gut gekleideten Männern saß der General, dem man ein Tuch vor die Nase hielt. Auf dem Rücksitz saß ein Polizeibeamter. Als sich die Frau aus Neugierde dem Wagen näherte, erhob sich der Polizeibeamte und versuchte mit dem Rücken das Fenster zu verperren. Dies gelang ihm jedoch nur zum Teil und die Frau sah deutlich, wie einer der beiden Begleiter das Tuch vom Gesicht des Generals nahm, es dem Beamten reichte und dieser den Inhalt einer Flasche darüber goß, worauf man es dem General wieder vor die Nase hielt.

Die Nachforschungen der Polizei stimmen mit der Personalschreibung der Zeitung und mit der jenes Krankenwärters, der Zeuge der Verschleppung war, die er vom Krankenhaus aus beobachtete, überein.

Die Londoner Flotten-Konferenz.

Um ein Dreimächte-Abkommen.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, daß die Vertreter der drei Hauptflottenmächte übereingekommen seien, vorbehaltlich der Ankunft der neuen französischen Abordnung die Grundlage für ein Dreimächte-Abkommen festzulegen. Jedes derartige Abkommen würde an zwei Vorbehalte gebunden sein: 1. Annahme durch Frankreich und Italien und 2. die freibleibige Einföhrung in einen Fünf-mächte-Vertrag. Die Anregung für die Weiterföhrung der Verhandlungen auf dieser Grundlage sei von MacDonald selbst gemacht worden, doch bleibe die Frage, ob inzwischen auch die amerikanische Abordnung in gleicher Richtung zu arbeiten suche.

Staatssekretär Stimson habe in einer Sitzung der amerikanischen Abordnung seine Arbeiter zu überzeugen gewußt, daß die Zeit noch nicht gekommen sei, auf ein Fünf-mächte-Abkommen zu verzichten und statt dessen ein Dreimächte-Abkommen anzustreben. Aber auch er habe darauf hingewiesen, daß Amerika an einem Fünf-mächte-Abkommen weniger interessiert sei, als an einer Vereinbarung der drei Hauptflottenmächte. In Wirklichkeit hätte die amerikanische Abordnung bereits in sehr hohem Grade jede Hoffnung aufgegeben, noch zu einem Fünf-mächte-Abkommen zu gelangen.

„Die Kirchen föhlen sich in der Sowjetunion wohl.“

Eine neue von der Sowjetregierung veranlaßte Erklärung.

Eine aus Moskau ergänzend zu den letzten Versuchen der Sowjetregierung, die Weltmeinung über die Verfolgung der Kirchen in Rußland durch den Metropolitens Sergius zu beruhigen, berichtet wird, haben in Moskau auch mehrere Rabbiner eine Erklärung abgegeben. Sie weisen darauf hin, daß sie mit der Politik Moskaus gegen die Kirche nicht einverstanden seien, aber keinen Grund für eine Einmischung der Sowjetmacht in die Kirchenpolitik Rußlands sähen. Die Nachrichten über Verhaftung von Rabbinern entspräche den Tatsachen, aber diese Rabbiner hätten an dem Kampf gegen die Sowjets teilgenommen.

Es wird zum Schluß darauf hingewiesen, daß die Erklärungen der europäischen Kirchenorganisationen zugunsten der Kirchen in Rußland nicht nötig seien, weil sich „die Kirchen in der Sowjetunion wohl föhlen“. Daß die Erklärung auf Veranlassung der Sowjetregierung erfolgte, geht daraus hervor, daß sie von Rabbinern unterzeichnet wurden, die in den letzten Jahren stark zu kommunistischen Ideen hineingen und wiederholt die Maßnahmen der Sowjets gegen die Führer des jüdischen Glaubens unterstützten.

Das Ministerpensionsgesetz im Reichstag.

Berlin, 27. Februar.

Der Präsident eröffnete die Sitzung um 15 Uhr. Auf der Tagesordnung stand der Gesetzentwurf über die Rechtsverhältnisse des Reichstagslers und der Reichsminister, das sogenannte Ministerpensionsgesetz.

Ministerpensions-Gesetz.

Nach den Ausschussbeschlüssen beträgt das Gehalt des Reichstagslers 45 000, das eines Reichsministers 35 000 Reichsmark im Jahre. Neu sind vor allem die Bestimmungen über die Pensionierung der Reichsminister. Die Minister sollen nun nicht mehr lebenslänglich die volle Pension erhalten, sondern nur ein Uebergangsgeld für einen Zeitraum von höchstens 5 Jahren, je nach Dauer der Ministerstätigkeit. Hat ein Minister bei Ausübung seines Amtes eine Gesundheitschädigung erlitten, die seine Arbeitsfähigkeit wesentlich und dauernd beeinträchtigt, so soll er eine Rukrente erhalten, desgleichen wenn ein Minister bei seinem Ausscheiden das 65. Lebensjahr erreicht hat und mindestens vier Jahre Minister war. Die Rukrente soll 12 000 Reichsmark jährlich nicht übersteigen.

Abg. Götthelmer (Dn.) stimmte dem Grundgedanken des Gesetzes zu, daß der parlamentarische Minister keinen Pensionsanspruch haben soll. Durch die Gewährung einer Rukrente bei Erreichung des 65. Lebensjahres werde aber dieses doch der Fall sein.

Abg. Dr. Schetter (Dn.) begrüßte die Vorlage, die eine Lücke in der Verfassung ausfülle. Die Minister seien in zunehmendem Maße Gegenstand scharfer Angriffe geworden.

Abg. Kolosser (Wirtsch. P.) erklärte, die Vorlage sei die Folge eines früheren Vorstoßes der Wirtschaftspartei. Mit diesem Gesetz werde gezeigt, daß man gewillt ist, auch von der Regierung aus den schweren wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Abg. Torgler (Rom.) lehnte das Gesetz ab. Abg. Morath (D.D.P.) erklärte, die im Gesetz vorgesehenen Gehälter seien angesichts der Aufhebung der Pensionsansprüche wirklich nicht als übertrieben hoch zu bezeichnen.

Abg. Morath (D.D.P.) erklärte, die im Gesetz vorgesehenen Gehälter seien angesichts der Aufhebung der Pensionsansprüche wirklich nicht als übertrieben hoch zu bezeichnen. Der Redner empfahl einen Antrag, der auch von den Demokraten unterstützt wird und der die bei Gesundheitschädigung zu gewährende Rukrente auf 20 Prozent des Ministergehalts bemessen will. In besonderen Fällen soll sie bis auf 40 Prozent heraufgesetzt werden können. Die Gewährung einer Rukrente an die Minister, die das 65. Lebensjahr überschritten haben, soll in das Ermessen des Reichspräsidenten gestellt werden. Ferner wird eine Verbesserung der Hinterbliebenenversorgung der Minister vorgeschlagen.

Abg. Dr. Reinhold (Dem.) sprach die Hoffnung aus, daß durch das Gesetz endlich die Legende von den vielen Bezügen der Minister beseitigt werde.

Abg. Rohmann (Eoz.) wies darauf hin, daß das Ministeramt auch bisher in der Republik keine Quelle der Verelicherung gewesen sei.

Abg. Stöhr (Nat.-Eoz.) lehnte die Vorlage ab. In der Schlußabstimmung wurde der Ausschussantrag mit 288:96 Stimmen in zweiter Lesung angenommen, die Änderungsanträge der Deutschen Volkspartei und der Demokraten abgelehnt. Die Verbesserungsvorschläge der Demokraten für die Hinterbliebenen der Minister wurden angenommen. Um 19 Uhr vertagte sich das Haus auf Freitag 13 Uhr.

Preussischer Landtag.

Berlin, 27. Februar.

Das Haus setzte die allgemeine Aussprache zum zweiten Abschnitt des

Gesetzes des Innenministeriums,

der das Polizei- und Landjägereiwesen zum Gegenstand hat, fort. Abg. Wörd (Dn.) erklärte, die luxuriöse Ausföhrung des neu errichteten Instituts für Technik und Verkehr und des Polizeiinstituts sei angesichts der finanziellen Notlage des Staates geradezu ein Skandal. Die praktische Ausbildung der Polizeibeamten und vor allem der Kameradschaftsgeist dürften nicht vernachlässigt werden. Die leitenden Stellen sähen den kommunisfischen Zerföhrungsbestrebungen in der Schutzpolizei tatenlos zu.

Abg. Stieler (Dn.) erklärte: Scharfe Maßnahmen müßten gegen die Zerföhrungsarbeiten der Kommunisten und der Nationalsozialisten in der Polizei getroffen werden.

Staatssekretär Dr. Alweg befaßte sich mit der Kritik des Abg. Wörd an der preussischen Polizei. Er betonte, daß, während im Inlande die Polizei vielfach bekräftigt werde, ausländische Stimmen sich im allgemeinen darüber einig seien, daß die preussische Polizei musterbildend ist. Was die Ausbildung und den Unterricht der Polizeibeamten angehe, so müsse er mit allem Nachdruck erklären, daß es das natürliche und selbstverständliche Bestreben der republikanischen Regierung sei, die Polizeibeamten im republikanischen Sinne zu erziehen.

Abg. Meentzen (D.D.P.) wies darauf hin, daß im letzten Jahre 14 Polizeibeamte im Kampf gegen Verbrecher getötet worden seien. Abg. Bartels-Hannover (Dem.) föhrte die hohen Polizeiaussgaben auch darauf zurück, daß die radikalen Organisationen die Polizei außerordentlich in Anspruch nehmen.

Abg. Wenig (Wirtsch. P.) erkannte die Bemühungen der Polizei, Ruhe und Ordnung zu schaffen, an. Vor allem müsse die Polizei rasch und energisch zugreifen.

Das Haus vertagte dann die Weiterberatung auf Freitag 10 Uhr.

Rußlands Todesruf.

Der Todes- und Hiferuf an die christliche Welt fand am letzten Sonntag in einer außerordentlich stark besuchten Kundgebung des evangelischen Berlins gegen die Christenverfolgungen und die Unterdrückung der Religion in Sowjet-Rußland seinen wirkungsvollen Ausdruck. Der Führer der russischen Emigranten Prof. Iwan Iljin verstand es, in einer meisterhaft gegliederten und von starker Persönlichkeit getragenen Ansprache vor einer die gewaltige Halle des Berliner Wintergartens bis auf den letzten Platz füllenden Zuhörerschaft, unter der sich zahlreiche Führer deutscher Kulturorganisationen befanden, die Entwicklung der atheistischen Propaganda von den Lehren Lenins, Bucharins und den anderen Sowjet-Machthabern etwa vom Jahre 1917 bis heute darzulegen. Prof. Iljin wies auf die geistigen und körperlichen Verfolgungen der religionstreuenden Russen, die mit ihren 150 Millionen Seelen von knapp über 1 Million Sowjetanhängern vergewaltigt und furchtbaren Verfolgungen ausgesetzt werden, hin. Obwohl in der sog. Sowjet-"Verfassung" die Religionen angeblich "toleriert" werden sollen, hat das berüchtigte Gesetz vom 8. April 1929 den religiösen Gemeinschaften in Sowjet-Rußland ihr Vermögen geraubt, jede materielle Hilfe genommen und verwehrt Krankenhäuser zu erhalten und Jugendberziehung zu betreiben. Es wurden in den letzten drei Monaten 1880 Gotteshäuser geschlossen oder zerstört. Die Priester teilweise unter furchtbaren Qualen an der Ausübung ihres heiligen Amtes gehindert. Rußland steht am Ruin seiner geistigen und religiösen Kraft; der Kulturbolschewismus triumphiert zu dieser Zeit, da eine bereits systematisch herangezogene atheistische Jugend das ruchlose Erbe der bolschewistischen Herrschaft anzutreten im Begriff ist.

Aber noch Schlimmeres droht uns, da das sowjet-russische System, nachdem es sich im eigenen Lande erfolgreich erwiesen hat, nunmehr mit aller Macht eine Ausdehnung in die noch bürgerlichen Länder Europas erstrebt und, wie wir an immer sich mehrenden Beispielen deutlich genug erkennen können, dank einer politisch geschickt ausgearbeiteten Anhängerschaft auch in Deutschland Fuß zu fassen versucht. Dieses Ziel des Bolschewismus, zunächst einmal auch unser von wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Problemen zur Zeit im Uebermaß belastetes deutsches Volk mehr und mehr zu zerlegen, wird durchaus offenbar, wenn wir die aller Orten in Szene gesetzte Anti-Religions-Propaganda der Kommunisten verfolgen. Die wirtschaftliche Krise, in die der Krieg mit seinen entsetzlichen Folgen vor allem das besiegte Deutschland gebracht hat, ebnet den Bolschewisten die Wege zu ihrem furchtbaren Ziel. Weit über die Kreise hinaus muß endlich die Fackel der Wahrheit bis in die letzte Hütte leuchten, um dem grauenhaften Zerlegungsprozeß, der uns vom Osten her droht, rechtzeitig Einhalt zu tun.

In 70 Städten-107 Dörfern der UdSSR wurden von 1. Jan. 1. Juli 1929 folgende Gebetsstätten geschlossen



166 orthodoxe Kirchen
60 Moscheen 10 Kapellen 36 Synagogen 16 Klöster

Sie wurden umgewandelt in:



64 Schulen 40 Klubgebäude 16 Schulen 12 Kindergärten
Vorlesehallen 6 Krankenhäuser 2 Elektrostationen 1 Kinderheim

Aus Laasphe und Umgegend.

* Laasphe, 28. Febr. (S. G. V.). Auch das diesjährige Winterfest des S.G.V., das am vorigen Samstag im festlich geschmückten Fuchs'schen Saale gefeiert wurde, hatte eine so starke Anziehung ausgelöst, daß der Saal gut besetzt war. Das Programm war aber auch so sinnig zusammengestellt, daß sämtliche Nummern mit großem Beifall aufgenommen wurden. Nach einigen einleitenden Musikstücken einiger Marburger Herren begrüßte der Vorsitzende der Abteilung, Herr Konrektor Gismatis, in trefflichen Worten die Gäste, besonders seine lieben S.G.V.-er und S.G.V.-erinnen, und dabei den Wunsch aussprechend, daß der S.G.V., der nur ideale Ziele verfolge, der in seinen Mitgliedern das Schöne und Beste, was es überhaupt gäbe: die Liebe zur Heimat, die Liebe zur Natur und die Liebe zu den einzig schönen Wittgensteiner Wäldern wach erhalten wolle, auch fernerhin zum Segen unserer Vaterstadt und zum Segen unseres schönen Wittgensteiner Ländchens wachse, blühe und gedeihe! — Ein gemischter Chor unter der Leitung des Herrn Hermann Jung trug viel zur Verschönerung des Abends bei. Die Lieder, gut eingeleitet und mit Schwingen vorgetragen, fanden starken Beifall. Das Tochterheim Groos erfreute die aufmerksamen Zuschauer durch prächtig gelungene moderne Tanzgitarre und durch das wunderbar geseitete Lustspiel „Einem muß heiraten“. — Als ein Künstler auf der Bühne zeigte sich Herr Schorr. — Gemeinsam gesungene Lieder und flotte Tänze füllten weiter den Abend aus. — Der Wanderer, Herr Rentmeister Hahn, überreichte Fräulein Paula Wezel und Fräulein Anneliese Gismatis, die an allen Wanderungen teilgenommen, unter anerkennenden Worten je einen mit dem Abzeichen des S.G.V. geschmückten Wanderstab. Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß Herr S. Müller der hiesigen Abteilung einen künstlerisch ausgeführten Tischwimpel gestiftet hat.

* Laasphe, 28. Febr. Die Klagen unserer Zeitungsboten über die äußerst schleppende Zahlung des Abonnementsbeitrages nehmen immer mehr zu. Wir nehmen daher

zum wiederholten Male Veranlassung, unsere Leser zu bitten, das Zeitungsgeß doch vom 25. eines jeden Monats ab bereit zu halten. Der Briefträger zeigt den Postabonnenten die Quittung schon am 18. jeden Monats vor und zwar nicht bis spätestens zum 25. bezahlt hat, muß entweder Zuschlag zahlen oder auf seine Zeitung ab 1. nächsten Monats verzichten. Wir können nicht einsehen, daß das, was bei der Post möglich ist, nicht auch bei unseren Lesern durchführbar sein soll. Die Verzögerung bei der Entrichtung des Abonnementsbeitrages an unsere Voten hat vielfach Formen angenommen, die unhaltbar sind; ist es doch keine Seltenheit, daß Abonnenten die Zahlung bis gegen Ende des nächsten Monats hinauszögern, wodurch die Abrechnung ungemein erschwert wird. Wenn auch besonderen Fällen gern Rechnung getragen werden soll, so können wir den Voten in Zukunft nicht mehr zumuten, wiederholte Gänge zu tun. Bei etwas gutem Willen dürften die Klagen zu vermeiden sein.

* Laasphe, 28. Februar. (Ein unfreundlicher März?) Josef Schaffler, Oberwölz (Steiermark), gibt folgende Voraussage für den März: Der erste Frühlingssmonat wird seinem Namen wenig entsprechen, im ganzen genommen, unfreundlich verlaufen, mit winterlichen Rückschlägen. Das Wetter wird anfangs des Monats nass und windig sein, nur zeitweise aufhellend, darauf Ansteigen der Temperatur, mildes Wetter, doch nicht von langer Dauer. Es folgt Temperaturfall mit Nachtfrost, in höheren Lagen Neuschnee. Mitte des Monats herum Regen, Schnee, Sonnenschein wechselnd, jedoch vorwiegend unfreundlich und windig. Nachtfrost nicht ausgeschlossen. In der 3. Dekade Frühlingssonne, heiter, trocken, aber ziemlich rau. Die letzten Tage werden wahrscheinlich einen Wetterumschlag bringen, vielleicht schon Gewitter.

* Laasphe, 28. Febr. Ein bedauerlicher Unfall trug sich gestern mittag bei der Siedlung Wasserstraße zu. Dem in den 50er Jahren stehenden Wdh. Sch. auf Schloß Wittgenstein wurde von einem Kind neben Durchsicht von Hand und Arm das oberste Glied des rechten Daumens abgerissen. Sch. wollte das Tier heim in den Stall führen und hatte den Strick um den Daumen gewickelt. Als das Kind plötzlich zu springen anfang, war das Unglück geschehen.

Erndtebrück, 28. Febr. Wer sich am gestrigen Morgen mit etwas Verspätung von seinem Lager erhob, dem verkündeten schon im Bett die Sinten den Beginn eines Vorfrühlings. Wenn auch der Winter langsam zur Reize geht, so sind es doch immer noch drei Wochen, für die er das Regiment für sich in Anspruch nimmt. Aber die Sonne steigt mit jedem Tage höher und je wärmer sie ihre Strahlen zur Erde sendet, um so zurechtlicher gehen wir dem Rest des Winters entgegen. Wie unsere gefiederten Sänger schon am gestrigen Tage dem Frühling entgegen jubelten, so können auch winterliche Rückschläge, mit denen wir immer noch rechnen müssen, sie in ihrer Zurecht nicht mehr beirren. Nicht lange mehr und die ersten Blumen künden, daß der Frühling vollends eingezogen ist.

* Arbeitsmarktbericht. Das Arbeitsamt Siegen berichtet über die Lage des Siegerländer Arbeitsmarktes für die Zeit vom 20. bis zum 26. Februar 1930: Nach der ruckartigen Verschlechterung der Lage des Siegerländer Arbeitsmarktes infolge der Stilllegung der verschiedenen Betriebe der Bremerhütte, deren Belegschaften nunmehr zum größten Teil in die Unterföhrung aufgenommen worden sind, hat das Tempo der Arbeitslosigkeit in der vergangenen Woche merklich nachgelassen. Die Zahl der sich neu meldenden Arbeitslosen nimmt weiter ab, während die der Abgänge immer mehr steigt. Augenblicklich überwiegt die konjunkturelle Verschlechterung des Arbeitsmarktes noch die saisonmäßige Belebung. Die Arbeitslosenziffern liegen im hiesigen Arbeitsamtsbezirk nunmehr über dem Durchschnitt im Bezirk des Landesarbeitsamtes Westfalen und nur noch wenig unter dem ungünstigsten Stande des Jahres 1929. Da ein Teil der von der Bremerhütte, Abteilung Walzwerk Weidenau, entlassenen Arbeiter noch nicht in die Unterföhrung aufgenommen werden konnte, ist zu befürchten, daß die Ziffern in der nächsten Woche noch steigen werden. Die ungünstige Lage des hiesigen Arbeitsmarktes ist somit keineswegs nur auf Saisonrückfälle zurückzuführen, sondern vornehmlich auf strukturelle Veränderungen im hiesigen Wirtschaftsbezirk, sowie auf die sich stark bemerkbar machende konjunkturelle Depression. — Die Zahl der Hauptunterföhrungsempfänger der Arbeitslosenversicherung ist im Laufe der Berichtszeit um 120 (2,1 Prozent) auf 5840 (25,6 auf 1000 Einwohner) gestiegen. Die Zahl der Krisenunterföhrungsempfänger ist nahezu unverändert geblieben. Die Zahl der sonstigen, noch keine Unterföhrung beziehenden Arbeitsuchenden ist um 85 (5,9 Prozent) auf 1359 gefallen. Die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden beträgt am 25. Februar (7593 (7536), das ist 33,3 (33,0) auf 1000 Einwohner. In der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge standen in der Berichtswoche 491 Zugänge 369 Abgänge gegenüber.

Schützt die Vögel. Mit dem Herannahen des Frühjahrs erscheint es notwendig, darauf hinzuweisen, daß dem Vogelschutz besondere Aufmerksamkeit zu schenken ist. Vor allem ist darauf zu achten, den nützlichen Kleinvögeln, die zum größten Teil eifrige Insektenvertilger sind, nicht durch das unsinnige Abtreiben und Ausroden aller Hecken die Brutplätze zu nehmen. Das Ausheben ihrer Gelege steht bekanntlich unter strenger Strafe. Außerdem genießt aber auch eine Anzahl Raubvögel, wie Eulen, Bussarde, Turmfalken und der Wanderfalken geschützten Schutz, da sonst ihre Ausrottung droht. Das Abschleichen oder die Fortüberaubung dieser Raubvögel wird mit Strafen bis zu 150 Mark belegt. Für Jäger kann außerdem auf Entziehung des Jagdpasses erkannt werden.

* Neue Uniform der preussischen Landjäger. Die Beamten der Landjäger haben bereits vor einiger Zeit eine neue Uniform erhalten, und nun bekommen sie noch eine neue Ausrüstung. Sie erhalten braune Ueberschallkoppel, die an einem Schulterriemen getragen werden. Weiter werden die Beamten mit einem Hirschfänger, mit einem Polizeistoppel und mit einer Pistole ausgerüstet. Sie unterscheiden sich von der Schutzpolizei im wesentlichen nur noch durch die Farbe des Luchses des Rocks, der bei der Landjäger grau-grün und bei der Schutzpolizei dunkelblau ist, durch die Farbe des Helms, der bei den Landjägern grün und bei der Schutzpolizei schwarz ist, und ferner an der Seitenwaaffe. Bis zum 1. April wird die neue Uniformierung und Ausrüstung der Landjägerbeamten durchgeführt sein.

Feuerschutz!

Es vergeht kein Tag ohne neue Meldungen über Brandunglücke an allen Ecken und Enden des Landes. Eine Massenvernichtung von Sachwerten, oft aber auch von Menschenleben und Gesundheit wird durch das Wüten der Brandfackel angerichtet. Dabei wäre ein ganz großer Teil aller dieser Brandunglücke durchaus vermeidbar.

Vor vier Jahren ist in Deutschland die Reichsgesundheitswoche durchgeführt worden, im vergangenen Jahr haben wir die Reichsunfallverhütungswoche erlebt, das Jahr 1930 soll nun eine Feuerschutzwoche bringen.

Ob sie notwendig ist? Es ist nachweisbar, daß allein 1400 Menschen in einem Jahr ihr Leben bei Brandunglücken verloren haben. Die Unfälle, allein bei den berufsgenossenschaftlich versicherten, die durch Explosionsstoffe, brennbare Flüssigkeiten, feuergefährliche, heiße und ätzende Stoffe usw. vorkommen, belaufen sich auf annähernd 44 000. Und auch unter den mehr als 70 000 Unfällen, die durch Zusammenbruch, Einsturz usw. geschehen, ist eine ganze Anzahl solcher, die mit Bränden einhergehen.

Nicht weniger als 500 Millionen Reichsmark werden alljährlich an Sachwerten durch Brände vernichtet. Mit anderen Worten: täglich gehen etwa 1 1/2 Millionen Mark, nämlich etwa 60 000 Mark buchstäblich in Rauch und Flammen auf.

Die Brände sind in der Mehrzahl der Fälle durchaus vermeidbar. Bei richtiger Feuerverhütung, bei tadelloser Ausgestaltung des Feuerschutzes, bei reiflicher Auffassung aller in Betracht kommenden Personen müßten Brände eigentlich zu den Seltenheiten gehören. So, wie 70 Pro. aller Unfälle vermeidbar sind, Heißgehen auch zahllose Brände zurück auf Ursachen, deren Vermeidung in der Hand des Menschen selbst und nur allein in ihm zu suchen sind.

Das leichtsinnig fortgeworfene Streichholz, das Wegwerfen brennender Zigaretten, das Ausklopfen von Tabakspitzen, das eingeschaltet stehen gelassene Bügeleisen, die fahrlässigerweise gestellte elektrische Sicherung, der sorglos offen gelassene Gasofen, der Schuß Petroleum ins glimmende Feuer, das offene Licht in Wäden oder Kellern, getrocknetes Holz hinter dem Ofen, feuergefährliches Gerümpel, leichtentzündliche Abfälle unter Treppen, abgelaufene, ölgetränkte Putzwolle, offene Benzinflaschen, unbeaufsichtigt mit Feuer und Streichhölzern spielende Kinder — das kommt nicht alles, wenn wir von der fahrlässigen oder vorlässigen Brandstiftung hier ganz absehen wollen — als Ursachen von Brandunglücken in Frage!

Aber gerade weil nachweisbar drei Viertel aller Brände vermeidbar sind, deswegen ist die Auffklärung und Belehrung notwendig und rechtfertigt die Veranstaltung einer Feuerschutzwoche. Zudem haben die großen Organisationen der deutschen Feuerwehren als Träger der Feuerschutzwoche eigens für diesen Feiertag der Volksaufklärung ein Büchlein für alle: „Feuerschutz“ herausgegeben. Hoffen wir, daß die Feuerschutzwoche in Stadt und Land die Gewissen schärfen und dazu beitragen möge, die verhängnisvolle Brandfackel, die mit der Schwere eines Elementarereignisses durch das Land geht, erfolgreich zu bekämpfen!

* Gladenbach, 27. Febr. (Sonderbarer Unfall eines Hundes). Vor einigen Tagen vermißte ein hiesiger Einwohner seinen Hund. Nach fünf Tagen hörten zwei Jungen im Walde einen Hund heulen. Nach langem Suchen fanden sie den Hund in einer Schieferhaute, die voll Wasser war. Der Hund war hineingefallen, konnte sich aber auf einen eisernen Gelschloßbohrer retten, wo er fünf Tage vergeblich auf Rettung wartete. Mit Leitern und Stricken wurde er aus seiner Lage befreit. Das sonst bissige Tier zeigte seinen Rettern in großer Freude seine Dankbarkeit.

* Oberjelsch, 27. Februar. (Autobus stürzt die Böschung hinab). Der Autobus eines Unternehmens aus Quotshausen, der die Arbeiter aus Tringhausen zur Nachtschicht ins Schelbetal zu bringen pflegt, geriet gestern abend in der Nähe des Bahnhofs Herrenberg, im Begriff, einem entgegenkommenden Kraftwagen auszuweichen, vom Wege ab und stürzte die zwei Meter tiefe Böschung hinab. Der Autobus wurde schwer beschädigt. Von den Insassen erlitt einer so erhebliche Verletzungen, daß er dem Krankenhaus zugeführt werden mußte. Zwei weitere Insassen mit Hautabschürfungen und Verrenkungen davon. Der Unfall ist vermutlich darauf zurückzuführen, daß das entgegenkommende Auto nicht abgebend hatte, wodurch der Fahrer des verunglückten Wagens die Orientierung verlor.

Weiterbericht.

Während der deutsche Osten noch unter dem Einfluß des Druckgebietes steht, ist im Westen infolge einer Südwestströmung Erwärmung eingetreten, die zu starker Bewölkung und stellenweise zu Niederschlägen führt.

Vorausichtliche Witterung. Zunächst mäßig, aber nur geringe Niederschläge, ziemlich starke Winde, später Neigung zur Aufhellung, wieder etwas kühler.

Aus Nah und Fern.

△ Bad Pyrmont. (Großfeuer.) Hier ist in der Nacht ein verheerendes Feuer ausgebrochen, das das Gasthaus „Tivoli“ in Schutt und Asche legte. Das Vordergebäude war schon innerhalb einer Stunde größtenteils vernichtet. Der große Saal und die angrenzenden Gebäude wurden vollständig von der Feuerwehr unter Wasser gesetzt. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Ein riesenhafter Funkenflug gefährdete die Nachbarhäuser.

△ Limburg. (Das Roggenbrot setzt sich durch.) Die Bädergemeinden des hiesigen Wirtschaftsgebietes haben beschlossen, am 1. März ein Roggenbrot einzuführen. Das Brot, das 1500 Gramm wiegt, wird ab Samstag für 55 Pfennig verkauft. Es besteht aus 95 Teilen gutem Roggenmehl und höchstens 5 Teilen Weizenmehl. Gleichzeitig wird das hiesige Mißbrot veräußert. Es kostet jetzt bei einem Gewicht von 1400 Gramm 65 Pfennig und wird ab Samstag, 1500 Gramm schwer, zu 60 Pfennig geliefert.

△ Montabaur. (Starke Auftreten von Wildschweinen.) Aus allen Teilen des Westerwaldes wird über das starke Auftreten von Wildschweinen gemeldet. In Runkel von zehn bis fünfzehn Stück wurden die Tiere gespielt und geschossen. Auf den Feldern wurde schwerer Schaden angerichtet.

△ Darmstadt. (Keine Obstschalen wegwerfen.) Die alte Unterte, Obstschalen auf die Straße zu werfen, hat wieder zu einem Unfall geführt. Eine 74jährige Frau stürzte — als sie aus einem Kaufhaus kam — am Ernst-Lubowitsch auf einer Obstschale aus, kam zu Fall und trug einen Oberschenkelbruch davon. Die Frau wurde von der Rettungswoche nach ihrer Wohnung verbracht.

n über Brandung
Eine Massenver
rentschleichen
sachsel angericht
er Brandungsl
Reichsgefechts
haben wir die
1930 soll nun ein
daß allein 1400
angesehen werden
wissenschaftlich
mehr als 70 000
w. gesehen, in
nbergelien.
werden alljähr
Mit anderen W
st, ständlich ein
men auf.
alle durchaus ver
adellos ausgearb
in Betracht kom
kommen, belaste
mehr als 70 000
w. gesehen, in
nbergelien.
werden alljähr
Mit anderen W
st, ständlich ein
men auf.
aller Brände von
Belichtung aus
einer Feuerhöl
men der deutsche
eigens für diese
alle: Feuerwe
Feuerhölzern
dazu beitragen
mit der Schmel
st, erfolgreich
arar Unfall
michte ein hiesig
hören sich
langem Suchen
die voll Wasser
er aber auf einen
ge vergeblich
wurde er aus
er zeigte seine
us stürzt die
Unternehmen
aus Trümmern
n pflegt, geriet
s Herbrand, im
twaigen aus
wei Meter tie
beschädigt. D
bezeugungen, daß
e. Zwei weitere
ngen davon. D
n, daß das en
te, wodurch d
tierung verlor.
Einfluß des Goo
Südwetterstimm
g und stellenwe
aber nur gering
zur Aufstie
n.
ist in der Nacht
das Stabstimm
rbergebäude war
richtig. Der gro
vollständig von
leben sind nicht
hrbete die Nach
t sich durch
ebiets haben die
hren. Das W
für 55 Mann
Roggenmehl und
rd das bisherige
em Gewicht von
ag, 1500 Gramm
n von Wils
wald wird über
agt. In M
gepült und ge
n angerichtet.
w e g e f e
zu werfen, hat
rige Frau
entst. Ein
ung einer
Nottun

Köln. (40000 Reichsmark unterschlagen.) Der Prokurist einer hiesigen Großhandelsfirma wurde von der Kriminalpolizei festgenommen, gegen Abend jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt, da er ein umfangreiches Geständnis abgelegt hat und keine Verbunkelungsgefahr mehr besteht. Der ungetreue 30jährige Angestellte hatte in den letzten zwei Jahren seinem Arbeitgeber nach und nach etwa 40000 RM. unterschlagen, indem er eingehende Gelder nicht als Einnahmen verbuchte, sondern für sich verwandte.

Hamm. (Gräßlicher Tod eines Stadtbeworbenen.) Der der Zentrumspartei angehörende Stadtbeworbene Paul Carmer wurde beim Uberschreiten des Fahrdammes von einem auf der Mitte der Straße fahrenden Auto angefahren und 20 bis 30 Meter weit mitgeschleift. Er blieb mit schweren Kopfverletzungen liegen. Ein hinzugezogener Arzt konnte nur seinen Tod feststellen.

Solingen. (Wom Feste in den Tod.) Ein böses Ende nahm eine Geburtstagsfeier in einer Schleiferei zu Widdert für den Dreihorgelspieler B. von hier, der als Musikanst auf der Feier teilnahm. B. trank mehr, als er vertragen konnte, so daß man ihm ein Nachtlager in der Schleiferei einrichtete. Morgens fand man ihn tot auf der Straße. Er hatte statt der Tür das Fenster geöffnet und war abgestürzt.

Necklinghausen. (Festnahme einer Auto-überfahrende.) Seit geraumer Zeit wurde das Münsterland von Einbrechern unsicher gemacht, die regelmäßig in Autos vorfahren und damit die erbeuteten Sachen schnellstens wegstapeln. So wurden in der letzten Zeit besonders auch Warenhäuser in Freudenhorst, Reubedum und an anderen Orten feingelockt. Jetzt ist es der Landestraindialpolizei in Necklinghausen in Verbindung mit der Kriminalpolizei in Dortmund und Essen in enger Fühlung mit den örtlichen Polizeiverwaltungen und Landjägerstationen gelungen, 40 solcher Einbrüche zu klären und 15 Einbrecher festzunehmen; in Dortmund und Essen sind große Lager an Diebstahl in die Hände der Polizei gefallen.

Schotten. (Der Wert der Umstellung auf Waldwirtschaft.) Daß bei der im Rahmen des Generalforstungsplanes für den Vogelsberg geforderten Umstellung der Landwirtschaft auch die Forstwirtschaft nicht vergessen werden darf, geht daraus hervor, daß man im sogenannten „Oberwald“ bei dem Sturmlauf gegen den früheren Generalforstungsplan — der die Forstwirtschaft der Landwirtschaft vorzog — doch in der Forstwirtschaft gegen die Wiederherstellung des höheren Vogelsberges zu weit gegangen sein dürfte. Als Beweis dient das Beispiel der Kreisgemeinde Sighausen. Sie verlor kürzlich einen 60jährigen Nichtenbesitzer und erlosch von dem zwei Hektar großen Flächenstück eine Derbholzmasse von 1785 Festmeter und einen Meierlös von 17 000 Rmk. Damit konnte sie ihre sämtlichen Schulden decken.

Mains. (Hochbefragte Baumfrevler.) Im Laufe der letzten Monate kam es zu wiederholten Malen vor, daß im Gelände des Kreises Mainz in nördlicher Richtung junge Obstbäume umgehauen, mit den Wurzeln ausgegriffen oder sonstwie beschädigt wurden. Einer der auf diese Art geschädigten Bäume setzte eine Belohnung für die Namhaftmachung dieser Missetäter aus, wodurch es gelang, diese zu ermitteln. Es waren zwei junge Burschen, die sich dieser Tage vor dem Richter zu verantworten hatten. Zur Entschädigung dieser gemeinen Tat gab sich an in Betrunktheit gehandelt zu haben. Das Gericht ließ sich veranlassen, ein Exemplar zu statuieren und nahm den Haupttäter in eine Gefängnisstrafe von vier Wochen und seinen Beistand in eine solche von 8 Tagen. Es begründet diese hohe Bestrafung damit, daß derartige frevelhafte verrohte Auswüchse der Jugend nur durch ganz exemplarische Strafen unterbunden werden könnten.

Mainz. (Ein Mörder im Krankenhaus verhaftet.) Dieser Tage wurde ein fremder Handlungsgehilfe festgenommen und wegen einer Fußverletzung vorläufig in Krankenhaus verbracht. Durch eine Zeitungsnote, die den Namen des Festgenommenen enthielt, wurde ein Polizeibeamter aufmerksam und er veranlaßte die Verbringung ins Untersuchungsgefängnis. Es handelt sich um den 27jährigen Handlungsgehilfen Kurt Thormann aus Jünnkau in Sachsen, der mit anderen beim Wüßern einen Gutsbesitzer erschossen haben soll und deshalb lebenslang verfolgt wird.

Elbach i. O. (Ein Kind verbrüht.) Beim Spiel rannte ein 3jähriges Kind einem Gitter mit kochendem Wasser um. Das kochende Wasser ergoß sich über das Kind, das darauf verbrannt wurde, daß es alsbald seinen Verletzungen erlag.

Saarbrücken. (Verheerende Schäden am Frühjahrsfrucht.) Mit Befremden hatte man in den milden Januartagen die ungemessene Entwicklung der Frühkirschen am Frühobst mit Freude beobachtet. Die vor 14 Tagen plötzlich aufgetretenen Frostnächte des Saargebietes feststellte wird, verheerenden Schaden anrichtet. Die halboffenen Knospen, insbesondere der Kirschenbäume, sind vollständig erfroren, durch und durch schwarz und hängen nur noch lose an den Zweigen. Ähnlich verhält es sich beim frühen Kernobst und bei den Stachelbeeren.

Glanzend verlaufene Probefahrt der „Europa“. Der Lloyd-Schnelldampfer „Europa“ ist nach seiner glänzenden verlaufenen Probefahrt nach der Elmündung zurückgekehrt und beim Feuerhölz, „Elbe III“ vor Anker gegangen. Ein Tender des Norddeutschen Lloyd bringt gegenwärtig zahlreiche Angestellte der Reederei und der Werft Wlohm u. Wöb an Bord der „Europa“, die dann nach Bremerhaven auslaufen wird.

Massenunterkungen für Zeileis. In Gallspach fanden zwei Massenunterkungen statt, an denen viele Teilnehmer der „Wunderdoktors“ Valentin Zeileis teilgenommen. In den Versammlungen wurde eine Entschädigung verlangt, die unter dem Banner der Wissenschaft und Menschheit. Die Familie Zeileis und den Leidenden gegenübergetreten. Die Erfolge der Gallspacher Behandlung seien derartig überwältigend und verblüffend, daß die Leidenden der Erhaltung Ausdruck geben, die ganze Hege gegen Zeileis müsse zusammenbrechen. Vor der Versammlung wurden einige Pressephotographen, die den langen Aufmarsch der Kranken beobachteten und photographieren wollten, von den Kranken überfallen und verprügelt.

Prüfung im polnischen Heeresauschuss. Die erste Sitzung im polnischen Sejm hat im Heeresauschuss einen geradezu unerhörten Tumult gezeitigt. Die vom Regierungslager stark kritisierte Wahl des Sozialisten Rajal zum Ausschussvorsitzenden veranlaßte den Abgeordneten Wuba (Regierungsführer) zu einer von seinen Mitrednern und Anhängern stützenden Erklärung, in der er seinen Rücktritt als Sekretär der Kommission zu Protokoll gab. Schon bei dieser Erklärung erhob sich im Ausschuss heftiger Lärm. Als nun ein Abgeordneter des Regierungslagers dem ehemaligen Sejmarschall Trampczynski vorwarf, daß er Kaiser Wilhelm

als Abgeordneter im deutschen Parlament Salaiendienst geleistet habe, rief der Abgeordnete Trampczynski zu, daß er nach Deutschland gehen solle. Er habe früher die Deutschen unterstützt und hülfte sich jetzt fälschlich in die Toga der nationalen Würde. Dieser Zwischenfall veranlaßt den Nationaldemokraten Dombrowski dazu, Zararski einen Narren zu nennen. Letzterer sprang in größter Erregung auf, stürzte sich auf den beleidigten und versetzte ihm zwei Schläge ins Gesicht.

Die kommenden englischen Riesenschiffe. Im Anschluß an die Bekanntgabe der Absicht der Cunard-Linie, einen Bauauftrag für einen neuen Ozeanischneidbagger, der den Schnellheitsrekord der „Bremen“ brechen soll, zu erteilen, bringt der „Daily Telegraph“ die Nachricht, daß die White-Star-Linie nunmehr beschloßen habe, den Bau der „Oceanic“, deren Kiel bereits gelegt ist, fortzusetzen. Entgegen dem ursprünglichen Plan, dem Schiff eine Gesamttonnage von 60 000 T. zu geben, verlautet jetzt, daß das Schiff bei einer Länge von 350 Meter eine Tonnage von 65 000 Tonnen erhalten soll. Die Frage des Schiffsantriebs, ob turbo-elektrisch oder diesel-elektrisch, sei zur Zeit noch nicht gelöst. Beim Bau der „Oceanic“ werde mehr Wert auf Größe, Ausstattung und Bequemlichkeit, als auf Schnelligkeit gelegt werden. Der neue Schnellbagger der Cunard-Linie soll gleichfalls eine Gesamttonnage von 60 000 bis 65 000 Tonnen erhalten und mit Parsonsturbinen von etwa 200 000 PS ausgestattet werden. Noch nicht entschieden sei bei beiden Schiffen die Bauart der Schrauben.

Ein untergehendes Dorf.

Die Tragödie einer saarländischen Bergmannsfamilie.

In der an Zeiten überreichen Nachkriegsgeschichte des Saargebietes erfordert der Fall Schnappach besonderes Interesse. Seit der Besitzergreifung der Saargruben durch Frankreich spielt sich auf dem Boden Schnappachs eine langsame, aber umso schrecklichere Tragödie ab, die sich mehr und mehr dem verhängnisvollen Ende nähert.

Ein ehemals blühendes Bergmannsdorf ist durch den gewaltigen Raubbau der französischen Saargrubenverwaltung unterminiert und stirzt, ein Teil nach dem anderen, in sich zusammen. Von Jahr zu Jahr reißen die unablässigen Grubenabsenkungen immer größere Lücken in die Häuserreihen, die nicht mehr geschlossen werden. Schnappach verödet, seine Bewohner sind heimatlos. Das Schulhaus ist dem Erdboden gleichgemacht, die Kirche steht vor dem Einsturz, zahlreiche Häuser sind abgebrochen, und wo früher fleißige Bergleute ihr friedliches Heim hatten, wuchert heute das Unkraut auf wüsten Schuttplätzen.

Nicht der Krieg hat dieses Verfallsverderb vollbracht, sondern es geschah mitten im Frieden, im Zeichen des friedensbestimmenden Völkervertrages.

Für den, der das Saargebiet nicht kennt, sei bemerkt, daß Schnappach im Herzen des saarländischen Kohlenbeckens liegt, wo die bayerische Grenze in das dichtbesiedelte Südbachtal hinübergreift. Das Schicksal hat die bayerische Grenzgemeinde mitten auf ein zu Tage gehendes Fettkohlenflöz von großer Mächtigkeit gestellt. Doch drohte ihm aus diesem Umstand in deutscher Zeit keine Gefahr. Das Kriegsgeschehen kam und mit ihm die Abtretung sämtlicher Saarkohlengruben an den französischen Staat. Mit der neuen Grenzziehung fiel die alte bayerische Grenze fort.

Die französische Bergwerksdirektion aber kannte nur ein Ziel: Die Saargruben so billig und viel, wie irgend möglich auszunutzen. So war ihr auch die wertvolle Fettkohle, die sich unter Schnappachs Boden darbot, ein Objekt, um dessen Gewinnung sie alle bergmännischen, rechtlichen und moralischen Bedenken in den Wind schlug. 110 bis 112 Kohlenbänke mit rund 41 Metern reiner Kohle, die die Hauptfettkohlenpartie in jenem Kohlefeld aufweist, erwiesen sich als ein Magnet, dem französische Öier nicht widerstehen konnten.

So ging die französische Saargrubenverwaltung an den Abbau des unter Schnappach stehenden Sicherheitsflözes und sprach damit dem Ort das Todesurteil. Eine blühende Gemeinde mit Hunderten von Menschenleben wurde dem Untergang preisgegeben. Die ganze Erdoberfläche im Umkreis Schnappachs ist so im langsamen Abfluten begriffen. Je nachdem, in welchem Ausmaße und in welcher Richtung sich der Erdboden bewegt, wird alles, was sich an festen Bauwerken darauf befindet, in Mitleidenschaft gezogen. Die Häuser bekommen Risse und neigen schief zur Seite. So wird in Schnappach ein Haus nach dem anderen vom Zerfall ereilt. Der ganze Südwestteil von Schnappach ist zusammengeklappt bzw. niedergelegt. Die evangelische Kirche zeigt klaffende Risse und ist polizeilich gesperrt. Eine Untersuchung hat ergeben, daß der Zerfall des schönen Gotteshauses unaufhaltsam fortschreitet und zu befürchten ist, daß die Fundamente auf ihre ganze Länge kippen.

Skandaliszenen auf dem Lehrter Bahnhof.

Verdächtige Variétéverträge.

Auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin kam es aus einem eigenartigen Anlaß zu Skandaliszenen. In der Vorhalle des Bahnhofes hatten sich zwölf junge Mädchen im Alter von 20 bis 25 Jahren zum Teil mit ihren Angehörigen versammelt, die von einer südamerikanischen Agentur angeblich für zwei Variétéunternehmungen in Buenos Aires engagiert waren. Trotz der Vermählungen amtlicher Stellen, war es nicht gelungen, die Mädchen von der Annahme des Engagements zurückzuhalten. Die Agentin, die schon im vorigen Jahre eine größere Gruppe Berliner Mädchen nach Südamerika gebracht hatte, hatte jetzt wieder Verträge abgeschlossen, die den Zweck des Unternehmens als keineswegs einwandfrei erscheinen lassen.

Da die Polizei aber keine Handhabe zum Einschreiten hatte, mußte sie es mitansehen, daß wieder junge Mädchen nach Hamburg abreisten, um von dort nach Buenos Aires zu gelangen. Vor der Abreise waren aber mehrere Angehörige der Mädchen so gewarnt worden, daß sie Verdacht schöpften. Als sich die Mädchen zur Abreise versammelten, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Leiterin des Unternehmens.

Die Angehörigen der Agentin wurden von den Angehörigen bedroht, und es kam zu einer Schlägerei, der erst durch Schuttpolizeibeamte ein Ende gemacht werden konnte. Unter dem Eindruck dieses Vorfalls entschloßen sich drei Mädchen, von der Abreise nach Buenos Aires Abstand zu nehmen.

Die übrigen neun fuhren mit dem fahplanmäßigen Zuge nach Hamburg. Es wurde auch bekannt, daß fast keines der Mädchen überhaupt den Inhalt des Vertrages nach Buenos Aires kennt.

Zu den Vorgängen am Lehrter Bahnhof erzählt eine Berliner Korrespondenz noch folgende Einzelheiten:

Es handelt sich um eine Tanztournee, von einer Frau Schmeling, wohnhaft Berlin, Duxerstraße, ausgestellt worden ist. Frau Schmeling hatte zwölf junge Mädchen im Alter von 21 bis 25 Jahren engagiert und mit ihnen einen

Tanztournee-Vertrag abgeschlossen. Dieser Vertrag, der sich streng an die Vorschriften der Internationalen Artistenloge hält, verpflichtet die Mitglieder der Tournee zu Tanzvorführungen in Südamerika. Die Engagements werden lediglich von der Truppendirektion getätigt, und die Tänzerinnen haben sich den Anweisungen der Unternehmerin in jeder Hinsicht zu fügen; sie haben nicht die Möglichkeit, ein Aufreten in Lokalen zu verweigern, die ihrer Art nach nicht als Varietés, Theater oder Cafés gewertet werden können. Frau Schmeling hat in den letzten Jahren in wenig erfreulicher Weise von sich reden gemacht, und es ist zwischen ihr und ihren Angestellten in Südamerika wiederholt zu außerordentlich scharfen Auseinandersetzungen gekommen, bei denen auch die deutschen Auslandsvertreter schließlich eingegriffen mußten.

In der Internationalen Artistenloge sieht man die in den letzten Jahren häufig gewordenen Tourneen von Tanzmädchen nach Südamerika, Spanien und dem Balkan außerordentlich ungern, weil dank der räumlichen Entfernungen und den sehr verschieden gearteten Gesetzen der einzelnen Länder eine Kontrolle dieser Unternehmungen fast unmöglich ist. Alle Behörden sind machtlos, soweit es sich um Vertragsabschlüsse mit volljährigen Mädchen handelt.

Diese Reisen nach Südamerika bilden für die Teilnehmer immer eine Gefahr; denn es zeigt sich immer wieder, daß die ersten zwei oder drei Engagements wohl im Theater oder Café getätigt werden, daß aber dann die Truppe häufig gezwungen wird, in Freudenhäusern aufzutreten. Die Mädchen sind in diesem Falle fast schutlos.

Kommt der Zeppelin dienst nach Amerika?

Dr. Edener fährt nach New York.

Anfang März dieses Jahres wird Dr. Edener nach New York fahren, um dort mit maßgebenden amerikanischen Kreisen nochmals über das Projekt eines Transocean-Luftverkehrs mit Zeppelin-Luftschiffen zu verhandeln. Bekanntlich war im Anschluß an die Weltfahrt in den Vereinigten Staaten die Zeppelin-Studiengesellschaft gegründet worden, deren Aufgabe darin besteht sollte, zu prüfen, ob maßgebende Finanzkräfte des Landes bereit seien, immerhin nicht unbeträchtliche Kapitalien in einen derartigen Ueberseesdienst hineinzustecken, die auch ferner mit den zuständigen Behörden über die Beförderung von Post und Gütern von den Vereinigten Staaten nach Europa und umgekehrt Verhandlungen pflegen sollte. Bisher hat man allerdings nichts darüber gehört, daß diese Studiengesellschaft einen Erfolg zu verzeichnen gehabt hätte, und man muß abwarten, ob es Dr. Edener jetzt gelingt, wird, die Finanzfrage zu lösen. Der Angriff, den der Leiter der National-City-Bank, Mitchell, gegen Dr. Edener richtet, und der im wesentlichen der deutschen Zeppelin-Luftschiffen vorwirft, den Amerikanern auf ihrer vorbereitenden Fluglinie über den Pazifik Konkurrenz zu machen, wird von Dr. Edener als ein Irrtum bezeichnet. Mitchell habe hier offenbar das rein amerikanische Projekt, eine Zeppelin-Linie zwischen Kalifornien und Hawaii einzurichten, mit der Route über den Atlantik verwechselt.

Neueste Nachrichten.

Wohnungsauswurf des Reichstages.

Berlin, 28. Febr. Im Wohnungsauswurf des Reichstages wurden am Donnerstag die beiden Gesetzentwürfe über die Verlängerung der Geltungsdauer des Mieterschutzgesetzes und des Reichsmietengesetzes beraten. Nach längerer Aussprache beschloß der Ausschuss gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten die Verlängerung der Geltungsdauer der beiden Gesetze nicht entsprechend dem Vorschlag der Reichsregierung bis zum 30. Juni 1932 vorzunehmen, sondern die beiden Gesetze nur bis zum 30. Juni 1931 zu verlängern.

Flugzeugunglück bei Wittenberg.

Wittenberg, 28. Februar. Zwischen Bergwitz und Rabitz bei Wittenberg wurde der Eindecker Nummer 1307 der Deutschen Luftfahrt G. m. b. H., der vom Flugplatz Staaten bei Berlin aufgestiegen war, zu einer Notlandung gezwungen. Der Führer verlor beim Landen die Gewalt über das Flugzeug und stürzte mit ihm gegen einen Baum. Dabei flog der Motor in weitem Bogen heraus. Das Flugzeug wurde schwer beschädigt. Der Flugzeugführer Koch-Wawra wurde in schwerverletztem Zustand nach dem Paul Gerhardt-Stift in Wittenberg gebracht.

Die „Monte Cervantes“-Besatzung wieder daheim.

Hamburg, 28. Februar. Die Besatzung des bei Feuerland untergegangenen Hamburg-Südamerika-Dampfers „Monte Cervantes“ ist mit dem Schwesterschiff „Monte Carmiento“ wieder in Hamburg eingetroffen. Wie einige Mitglieder der Besatzung gesehen haben wollen, soll Kapitän Dreher nicht die Absicht gehabt haben, mit seinem Schiff unterzugehen, vielmehr soll er versucht haben, das Schiff, als es sich bereits hart auf die Seite geneigt hatte, zu verlassen. Das Schiff sei jedoch so schnell gekentert, daß es ihm nicht mehr möglich gewesen sei, es zu verlassen. Die ganze Besatzung, alle Offiziere und Mannschaften, sind voll des Lobes über ihren verunglückten Führer, dessen tragisches Ende sie aufs tiefste beklauern.

Eindbruch in eine Reichswehrkaserne.

Leipzig, 28. Febr. In Leipzig wurden aus einer Reichswehrkaserne eine Anzahl Waffen, darunter ungefähr 40 Maschinengewehre und einige hundert Gewehre gestohlen. Als Täter kommen zweifellos Kommunisten in Frage.

Frankreich lehnt den Vollaufbau des Bismarckstills ab.

Genf, 28. Februar. Der französische Vertreter auf der Vollaufbaukonferenz, Serruys, gab in einem Unteransatz der Konferenz eine Erklärung ab, nach der die französische Regierung den Vollaufbau des Bismarckstills ablehnen müsse, da dieser Gedanke als nicht durchführbar angesehen sei.

Großfeuer in der Garage.

London, 28. Februar. Ein ungeheurer Brand in Chelsea bei London zerstörte Donnerstag früh in einer Großgarage 100 Automobile und verursachte ununterbrochene Explosionen. Die benachbarten Häuserblöcke mußten von der Polizei geräumt werden. Hunderte, nur notdürftig bekleidete Personen brachten sich durch schnelle Flucht in Sicherheit.

10 Todesopfer beim Brand in einer Schule.

New York, 28. Febr. In einer katholischen Schule in Croft Lake (Manitoba) brach Feuer aus, wobei acht Indianer-Kinder unter neun Jahren in den Flammen umkamen, desgleichen die Oberin, die ihr Leben einsetzte, um die Kinder zu retten. Eine aweite Schwester, die aus dem Fenster sprang, brach das Rückgrat.

Laasphe, den 28. Februar 1930.

(Zottf. folgt)